

# Politische Grundbildung

---

## Ziele

Ziel politischer Bildung ist es, allen Bürgerinnen und Bürgern Kompetenzen zu vermitteln, damit sie ihre Bürgerrolle als gleichgestellte Mitglieder in einer Demokratie verantwortungs- und selbstbewusst ausfüllen können. Politische Bildung stärkt die Orientierungskompetenz und vermittelt Grundwissen, Fachwissen und Funktionswissen sowie die Fähigkeit zur kritischen Distanz und Urteilsvermögen. Diese Ziele politischer Bildung können auch als die zentralen Ansatzpunkte für Angebote der politischen Grundbildung angesehen werden.

## Status Quo

Zu politischen Themen stehen noch immer nur unzureichende Informationsmaterialien für Erwachsene mit geringer Sprach- und Lesekompetenz zur Verfügung. Die Materialien, die vom Sprachniveau her nutzbar wären, sind oft für andere Zielgruppen wie Kinder und Jugendliche oder auch Behinderte oder Zugewanderte erstellt worden. Erwachsene Bürger\*innen reagieren darauf oft mit Abwehr. Zudem sind die Materialien oft auch inhaltlich problematisch, zum Beispiel weil selten unterschiedliche Positionen präsentiert werden oder simplifizierende Darstellungen zu komplexen Zusammenhängen erfolgen und eine problematische Reduktion der Inhalte erfolgt. Auch die Form der Darstellung ist oft für die Zielgruppe Erwachsene nicht angemessen. Es werden zwar Informationen geliefert und Wissen vermittelt, was fehlt, ist die Anregung zur eigenen Urteilsbildung und die Ansprache zur politischen Aktivierung und zum eigenen politischen Handeln. Überwiegend existieren Materialien zum politischen System, deutlich seltener zu verschiedenen (aktuellen) politischen Fragen, die die Zielgruppe in besonderer Weise betreffen wie Wohnen, Arbeit, Erziehung und Bildung, Gesundheit etc.

Auch didaktische Handreichungen und Qualifizierungsangebote für Kursleiter\*innen der Grundbildung und für politische Bildner\*innen stehen noch nicht ausreichend zur Verfügung.

## Zielgruppen

Wichtige Zielgruppen sind in diesem Zusammenhang Menschen in prekären Lebenssituationen (Wohnsitzlose, Langzeitarbeitslose) und die Gruppe der sozial benachteiligten und chancenarmen Jugendlichen. Erreichbar sind diese Zielgruppen über die hauptamtlichen und ehrenamtlichen Strukturen und Institutionen, die sozial benachteiligte und chancenarme Menschen ohnehin nutzen, wie mobile Jugendarbeit, Arbeitslosenberatungen und -projekte der Jobcenter, Gewerkschaften und Kirchen oder Familienberatungsstellen.

## Aufgaben

Die Landeszentrale für politische Bildung sieht ihre Hauptaufgaben im Bereich der politischen Grundbildung in der

- Vernetzung und Unterstützung der verschiedenen Träger politischer Bildung
- Entwicklung und Bereitstellung von didaktischen Handreichungen und Unterrichtsmaterialien zur Durchführung von Angeboten der politischen Bildung mit Erwachsenen mit geringer Sprach- und Lesekompetenz
- Qualifizierung von Kursleiter\*innen
- Erprobung von Modellprojekten

## Nächste Schritte

Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg hat die „Inklusive politische Bildung“ zu einer ihrer sechs zentralen Entwicklungsaufgaben erklärt.

Die Landeszentrale stellt niederschwellige Publikationen und Onlineangebote für Menschen mit geringer Sprach- und Lesekompetenz zur Verfügung.

Die Landeszentrale führt seit 2017 gemeinsam mit der Baden-Württemberg-Stiftung ein Modellprojekt zur Demokratiebildung durch, das sich auch an sozial benachteiligte und chancenarme Jugendliche richtet. Bestehende Zugänge und hauptamtliche und ehrenamtliche Strukturen und Institutionen, die sozial benachteiligte und chancenarme Menschen ohnehin nutzen, sollen über „Brücken-Menschen“ mit spezifischen Angeboten politischer Bildung verknüpft werden. Diese politischen Bildungsangebote sollten neben der Vermittlung politischer Grundkenntnisse auch auf die Stärkung des Selbstwertgefühls und der demokratischen Handlungskompetenz der Teilnehmenden gerichtet sein. Die Landeszentrale entwickelt dazu didaktisches Begleitmaterial und Bausteine, die enge Bezüge zur Lebenswelt von Jugendlichen enthalten.

Ein wichtiger Schritt war, gemeinsam mit der Landesarmutskonferenz, die Initiierung eines landesweiten Netzwerks für und mit Menschen in prekären Lebenssituationen. In diesem Netzwerk arbeiten Selbsthilfeorganisationen, Organisation der sozialen Arbeit, Bildungseinrichtungen, Ministerien, Gewerkschaften und Politische Stiftungen zusammen. Ein Fachtag wird am 17. Oktober 2018 dazu stattfinden.

Seit 2015 unterstützt die Landeszentrale den Aufbau eines Landesnetzwerks „Inklusive politische Bildung“, mit den Zielen:

- Entwicklung von Standards für Bildungseinrichtungen und Angebote
- Modellprojekte
- Qualifizierung von Fachkräften
- Publikationen
- Broschüren in leichter und einfacher Sprache z.B. zu Wahlen
- Didaktische Handreichungen
- Anstöße und Vernetzung
- Austausch mit anderen Netzwerken

9. Februar 2018